Einzelpreis 10 Pfg • Jahrgang 2 | Dienstag, den 10. Juni 1919 | Nummer 275 ✓ Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 2,50 Mk. bei Zustellung unter Streifband 4,50 Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 75 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der erste Preßprozeß.

Das letzte Mittel.

Nun endlich hat Herr Noske das Heilmittel entdeckt, durch das er seinen unbequemsten Widersacher, die „Freiheit", endgültig mausetot machen kann. Nachdem sein Verbot im März doch nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat, und einem neuen Verbot anscheinend einige Bedenken gegenüberstehen, versucht er es jetzt mit einem Strafantrag gegen die „Freiheit". Wegen zwei Notizen in Nr. 218 der „Freiheit" vom 8. Mai hat er nicht nur gegen unseren verantwortlichen Redakteur, sondern auch gegen den Verleger und sogar gegen den bürgerlichen Direktor der Lindenbruderei Strafantrag wegen Beleidigung der Noskegarde gestellt.

Wir haben schon lange auf ein derartiges Vorgehen des Herrn Noske gewartet. Und wie sich unsere Leser erinnern werden, ihn sogar mehrfach ermuntert, den Weg der Klage gegen die „Freiheit" zu beschreiten. Aber leider waren alle Ermunterungsversuche unsererseits bisher erfolglos. Wir haben weder zu unseren Behauptungen über die Mörder Liebknechts und Luxemburgs eine Klage erhalten, noch sind wir mit einer Anklage bedacht worden wegen unserer Enthüllungen über den Mord an Jogisches, den Mord an den „Vorwärts"-Parlamentären, den Mord in der Alexanderkaserne, an den Spandauer Arbeiterführern, an Dorenbach, den 32 Matrosen in der Französischen Straße und all den zahlreichen anderen Fällen, in denen Noskegardisten und verwandte Elemente die ungeheuerlichsten Verbrechen begangen haben. In all diesen Fällen hat das beleidigte Rechtsgefühl des Herrn Noske geschwiegen.

Aber es ist vorhanden. Wer daran zweifeln sollte, dem zeigt die jetzige Klage Noskes, daß er ihn und seine Geduld viel zu gering eingeschätzt hat. Herr Noske klagt. Welchen Anlaß hat er sich ausgesucht? In den zwei Notizen, betitelt „Der Terror der Demokratie" und „Die Noskegarde als Landplage" ist an Hand von Tatsachen, insbesondere an den Vorgängen in Halberstadt geschildert, daß diese Noskegardisten überall, wohin sie kommen, eine ernste Gefahr für Leben und Gesundheit der Bevölkerung darstellen.

Wir bedauern Herrn Noske aufrichtig, denn er scheint einen schlechten Ratgeber gehabt zu haben, als man ihm zur Klage wegen dieser Notizen geraten hat. Denn die Notiz „Die Noskegarde als Landplage" stützt sich ausschließlich auf Berichte des rechtssozialistischen „Halberstädter Tageblatts" und auf einen Aufruf, den die Partei der Rechtssozialisten und das Gewerkschaftskartell in Verbindung mit den Unabhängigen in Halberstadt erlassen haben.

Wir erwarten gespannt den Tag der Verhandlung. Aber leider scheint der Termin dafür noch in sehr weiter Ferne zu liegen. Denn wie uns aus sehr gut unterrichteter Quelle mitgeteilt wird, hat Herr Noske, um eine völlig einwandfreie Beweisaufnahme zu dem Thema zu ermöglichen, bei der Reichsleitung den Antrag gestellt, sie möge für diesen Prozeß eine größere Zahl von Richtern, Staatsanwälten und anderem Personal zur Verfügung stellen, ebenso ein nur dafür in Anspruch zu nehmendes Gerichtsgebäude, da es sonst nicht möglich wäre, die nach Tausenden zählenden Zeugen einwandfrei zu vernehmen und den wirklichen Tatbestand zu ermitteln.

An unsere Freunde aber richten wir die allerdringlichste Bitte, vorläufig mit allen Angeboten als Zeugen zurückzuhalten. Wir fürchten, bereits jetzt, unter der Last der Angebote erdrückt zu werden und möchten uns noch auch, wenn auch nur noch eine kurze Zeit, unseres anstrengenden Lebens erfreuen. Sie können versichert sein, daß wir ihnen rechtzeitig Mitteilung machen werden, wenn eine Hilfe nötig sein wird, aber einstweilen steht uns selbst so viel Material zur Verfügung, daß wir ein großes Büro einrichten müssen, um es zu bearbeiten. Im Übrigen müssen wir bitten, auch die parteiamtlichen Rechtsanwälte für die nächste Zeit nicht allzu sehr in Anspruch zu nehmen, da sie alle Hände voll mit der Bearbeitung des Materials für diesen Prozeß zu tun haben werden.

Die Friedensverhandlungen.

Deutschland soll in den Völkerbund aufgenommen werden.

Paris, 9. Juni (Reuter)

Clemenceau, Lord Robert Cecil und Oberst House haben als Ergebnis gemeinsamer Beratungen empfohlen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, wenn es den Friedensvertrag unterzeichnet und loyal durchführt und eine feste Regierung einsetzt. Es ist beschlossen worden, daß die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge nicht vor dem 13. Juni übergeben werden soll und daß die Deutschen fünf Tage Zeit zur Erwiderung bekommen sollen.

Die Veröffentlichung des Friedensvertrages in Amerika.

Washington, 9. Juni. (Reuter.)

Während der Senat noch auf eine Beantwortung seiner Forderung nach einem vollständigen Text des Friedensvertrags wartet, veröffentlichen viele Zeitungen Textauszüge eines vollständigen Exemplars, welches der Korrespondent der „Chicago Tribune" in Paris erhalten haben will, und welches den vollständigen englischen und französischen Text enthält.

Wilson telegraphierte an den Senat, daß es höchst unerwünscht sei, den Text des Friedensvertrags, über den noch verhandelt werde, und der noch Abänderungen unterworfen sei, zu veröffentlichen. Er forderte den Senat dringend auf, eine gründliche Untersuchung darüber anzustellen, wie Exemplare des Vertrages in die Hand von Privatpersonen gelangt sind.

New York, 9. Juni. (Reuter.)

Senator Borah legte heute dem Senate das erwähnte Exemplar des Friedensvertrags, das von einem Zeitungskorrespondenten nach Amerika gebracht worden ist, vor. Der Senat ordnete mit 47 gegen 24 Stimmen an, daß der Friedensvertrag als öffentliches Dokument gedruckt wird.

Nur eine Vorsichtsmaßregel.

Vollkommene Bestätigung.

Zu dem von uns in der heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Geheimbefehl schreibt eine Lokalkorrespondenz:

„Zu dieser Veröffentlichung erfahren wir, daß dieser Geheimbefehl weiter nichts als eine Vorsichtsmaßregel bedeutet, die entstanden ist aus dem Verhalten der Gardetruppen der Garnison Groß-Berlin in den Dezember- und Januarwirren. Die Enthüllungen im Lebebour-Prozeß hätten mit Deutlichkeit ergeben, daß diese angeblich neutrale Haltung der damaligen Truppen nichts anderes bedeutete, als der Regierung bei ihren militärischen Maßnahmen in den Rücken zu fallen und daß damals einige Truppenteile nur mit größter Mühe zurückgehalten werden konnten, sich offen den Revolutionären anzuschließen. Den militärischen Kommandostellen könne es also nicht verdacht werden, wenn sie jetzt weitgehende Vorsichtsmaßregeln in dieser Beziehung treffen."

Eine Kundgebung aus Norwegen.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit".

Kristiania, 9. Juni.

Der norwegische sozialistische Jugendkongreß mit 12 000 Mitgliedern grüßt mit Bewunderung und Enthusiasmus ihren tapferen und tüchtigen Sekretär Wilhelm Muenzenberg. Wir fordern seine Enthaftung und erwarten ihn bald wieder in unserer Mitte.

Münzenberg leitete während des Krieges das internationale sozialistische Jugendsekretariat in Zürich und gab dort auch eine Jugendzeitschrift heraus. Im Januar ließ ihn die württembergische Regierung verhaften. Er saß bis jetzt in dem Landesgefängnis Rothenburg und hat sich gegenwärtig zusammen mit Hörnle und anderen wegen „Aufruhrs" vor den Stuttgarter Geschworenen zu verantworten.

Vorzensur-Leistungen in Leipzig.

Wie uns heute telegraphisch mitgeteilt wird, ist die Vorzensur über die „Leipziger Volkszeitung" endlich aufgehoben worden. Der nachfolgende Artikel, der schon vor einiger Zeit geschrieben wurde, dürfte aber trotzdem noch großes Interesse beanspruchen.

Zu den Mitteln, mit denen die Regierung der Scheidemann-Noske-Landsberg sich zu halten sucht, gehört neuerdings auch die Vorzensur, die wir am 9. November für Deutschland unwiderbringlich in die Müllgrube der Geschichte geworfen wähnten. Sie ist wiedergekehrt mit dem Standrecht und ähnlichen schönen Einrichtungen und wir Revolutionäre sollen nicht einmal das Recht haben, uns über sie zu beschweren, weil wir zeitweise auch die Preßfreiheit aufgehoben haben, in Leipzig z. B. während des großen Generalstreiks. Das können wir nun freilich nicht leugnen; doch es geschah während eines aufs äußerste zugespitzten revolutionären Kampfes um die Macht und war ausdrücklich nur als Mittel eines solchen zeitlich begrenzten Kampfes gedacht. Die Maßregel der Mylau und Maercker gegen das hiesige Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie kann mit solchem Ausnahmezustand nicht begründet werden — es wird kein offener Kampf in Leipzig ausgefochten, es ist durch die Besetzung der Stadt kein akuter Streik beendet worden, es sind ihr weder Unruhen vorausgegangen, noch haben sie sie begleitet. Die Vorzensur über die „Leipziger Volkszeitung" ist nichts als die alte „vorbeugende Polizeimaßregel" des alten Obrigkeitsstaats, dem am 8. November angeblich der Abschied gegeben werden sollte. Die „aufreizende" Schreibweise des Blattes, das nach Herrn Gradnauers Versicherung „beständig zum gewaltsamen Sturz der Regierung" aufgefordert haben soll — die Auslegungskunst der jetzigen Machthaber kann sich mindestens mit den Verdrehungsleistungen der Polizeikommissare und Staatsanwälte des Vornovembers messen —, erfordert Zähmung. Und so steht denn die „Leipziger Volkszeitung nun schon seit mehr als 14 Tagen unter Vorzensur und soll, nach verschiedenen Anzeichen zu urteilen, noch geraume Zeit unterm Maulkorb gehalten werden.

Natürlich ist sofort bei der Reichs- wie bei der sächsischen Regierung entschiedenste Beschwerde eingelegt worden, ohne jede Illusion über den Erfolg, aber weil wir grundsätzlicherweise eine solche Maßregel nicht ohne Protest hinnehmen durften. Da der Amtsschimmel seit dem November 1918 seinen Trott noch nicht beschleunigt hat, ist es eine Preisfrage nicht ohne Reiz, ob die Antworten vor oder nach der Aufhebung der Vorzensur eintreffen werden. Das letztere hat die größere Wahrscheinlichkeit für sich — es müßte denn sein, daß die Regierung die Vorzensur zu einem Dauerzustand machen wollte, was ja nicht ausgeschlossen ist, vorerst aber doch noch nicht als erwiesen angenommen werden kann.

Die „Leipziger Volkszeitung" hat Erfahrung in der Vorzensur-Praxis aus früherer Zeit. Sie hat diese Zwangsjacke im letzten Kriegsjahre fast ununterbrochen tragen müssen. Sie hat damals mit der militärischen Zensurstelle manch harten Strauß ausgefochten, der sich natürlich stets im Dunkel des nichtöffentlichen Beschwerdeverfahrens abspielte — nur ab und zu wurde einmal im Reichstag oder im sächsischen Landtag ein wenig die Decke von diesem stillen, erbitterten Ring gelüftet. Es liegen aus jener vorrevolutionären Zeit noch umfangreiche Beschwerdeschriften vor, in denen die krassesten Leistungen der Vorzensur aufgeführt sind. (Bezeichnenderweise sind sie von den „zuständigen Instanzen" nie erledigt worden!) Und wenn man heute diese schon verstaubenden Dokumente zerbrochenen Gewaltregiments wieder hervorholt, so muten sie einem wieder ganz lebendig an. So wenig rühmlich unterscheiden sich die Leistungen der jetzigen Vorzensur von jenen, die diese schändliche Institution im verflossenen wilhelminischen Zeitalter vollbrachte.

In der Tat, sie ähneln einander so stark, wie eine faule Frucht der andern. Man sollte meinen, die Zensur einer republikanischen Koalitionsregierung, in der die Rechtssozialisten der stärkste Bestandteil sind, müßte doch etwas anders aussehen, als die Zensur einer autokratischen kaiserlichen Regierung, die sich vor jedem Luftzug demokratischen Geistes ängstlich absperrte. Man sollte meinen, der Unterschied müßte sogar groß sein, da die Machthaber von damals doch ganz andere Interessen zu verteidigen gehabt

hätten, als sie von heute. Aber die Wirklichkeit lehrt, daß alle solche Annahmen falsch sind. Oder sieht es etwa nach republikanischer Umorientierung der Zensur aus, wenn ihr Rotstift eine Notiz schreibt, die unter der Ueberschrift „Eine herbe Herausforderung" die Meldung glossiert, daß der Alldeutsche Verband an die Leistungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Forderung gerichtet habe, in der Nationalversammlung und Preußischen Landesversammlung den feierlichen Antrag zu stellen, Wilhelm II. zur Rückkehr ins Deutsche Reich einzuladen, woselbst ihm „sicherer und würdiger Aufenthalt" zu gewähren sei. Die Redaktion der „L. V." hatte diese Meldung mit der Einleitung versehen, die Alldeutschen glaubten in der Tat, daß ihre Zeit wieder anbreche, sonst wäre die starke Herausforderung des arbeitenden Volkes Deutschlands unmöglich. Sie seien offenbar der Meinung, die Revolution sei abgeschlagen, sie sei nur ein Irrtum gewesen und ihre Zeit, die Zeit der Reaktion, sei wieder da. Und den zur Stellung des Antrags aufgeforderten Parteien wollte sie sagen, wenn sie mit einfallen, damit zu kommen, so werde ihnen allerdings so gedient werden müssen, daß nicht nur ihnen, sondern auch der deutschen Oeffentlichkeit das Verständnis darüber aufgehe, was Deutschland Wilhelm dem Letzten und seiner Sippe verdanke. — Die Sprache dieser Glossen kann kein Grund für die Streichung sein — sie ist durchaus parlamentarisch. Es bleibt keine andere Erklärung als die, daß die Zensur der Republik Deutschland die monarchistischen Gefühle und das Ansehen des Ex-Monarchen — das sie immer noch voraussetzt — zu schützen sucht. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob das gerade den Intentionen der Herren Scheidemann, Noske usw. entspricht — jedenfalls fühlt sich der neue Militarismus in Deutschland stark genug, daß er nicht nötig zu haben vermeint, sich in der Aeußerung seiner Gefühle Zwang aufzuerlegen. — Diese Leistung ist nicht etwa eine nur zufällige Entgleisung; sie steht nicht vereinzelt da — sie ist nur die krasseste mehrerer ähnlicher Geschwister. In einem Artikel „Wilhelm II. doch Kriegstreiber" hatte die Redaktion gesagt, daß sich bei dem Ex-Kaiser auch allmählich jene bekannte Auffassung von seiner Gottähnlichkeit herausgebildet habe. Das ließ der Zensor notgedrungen passieren, aber den Nachsatz „die ihn und Deutschland in den Augen der Welt so lächerlich gemacht hat" strich er!

Und ebenso strich er aus einem Artikel: „Was rettet uns?" die Sätze: „Deutschlands Verbrechen war nicht so sehr Wilhelms II. wirrer Größenwahn, auch nicht Ludendorffs verzweifeltes Vabanque-Spiel. Wilhelms und Ludendorffs kennt man auch in den Reihen unserer Gegner und weiß sich dort ihrer zu bedienen. Diese betrogenen Betrüger haben das deutsche Volk nur wehrlos gemacht . . ."

Sehr empfindlich und streichlustig ist diese Zensur auch, wenn auf die Sünden des deutschen Militarismus während des Krieges hingewiesen wird. In einem Artikel, worin die Gründe für die erbitterte Stimmung der Ententevölker gegen Deutschland untersucht wurden, strich der Zensor den folgenden absolut unanfechtbaren Satz: „Allein die Männer- und Mädchenverschleppung aus Belgien und Nordfrankreich, die sich unter den empörendsten Umständen vollzog — in roher Weise wurde die Geschlechtsehre der weggeführten Frauen und Mädchen gekränkt, indem man sie gleich Kontrolldirnen zwangsweiser Untersuchung unterwarf — hat das Schuldkonto Deutschlands schwer belastet."

Eine offene Aussprache über die Taktik der Regierung bei den Friedensverhandlungen, über den Inhalt und die Form der Gegenvorschläge wird der „Leipziger Volkszeitung" verwehrt . . . Aus einem Artikel, der dieses Thema behandelte, wurden die Sätze gestrichen: „Man merkt ihnen (den Gegenvorschlägen) nur zu deutlich an, daß ihre Verfasser sich den Rechtsstandpunkt, den sie ihnen zugrunde legen, selbst noch nicht innerlich voll zu eigen gemacht haben . . ."

„Das Letztere entspringt einer Anschauung, die den Besitz höher wertet als die Menschen, die auf den Machtstandpunkt des Kapitalismus hinausläuft . . ."

„An solchen und anderen bedenklichen Stellen der deutschen Dokumente enthüllt sich die Zwiespältigkeit der deutschen Vertretung. Sie ist ein höchst unvollkommenes Kompromiß zwischen den Vertretern der alten Machtpolitik und den erst halb bekehrten, noch unsicheren und durch ihre Vergangenheit behinderten Vertretern der neuen Völkerbundspolitik. Eine entschieden sozialistische Vertretung hätte eine einheitliche Auffassung in ihren Noten zum Ausdruck bringen können, die fester begründet gewesen wäre, deren Sprache größere Wirkung hätte ausüben können. Ein wirklich sozialistisches Deutschland hätte deswegen auf der Konferenz von Versailles ganz anders dagestanden, als die jetzige Koalition von Kapitalismus und Scheinsozialismus."

Die Kritik mag der Regierung unangenehm sein. Aber sie geht mit keiner Silbe über die Grenzen des „parlamentarisch Zulässigen" hinaus, und selbst das ängstlichste Gemüt kann aus diesen Sätzen keine Anreizung, geschweige denn Aufforderung zum gewaltsamen Sturz der Scheidemann und Kompanie destillieren. Aber der Zensor streicht. Ihm ist nicht nur die Kritik an der Regierung, ihm ist schon die an ihren offiziösen Werkzeugen ein Greuel. Von einer Notiz, die die Erklärung des Genossen Lichtenstein über die Haltung der oberschlesischen Unabhängigen Sozialdemokratie zu den Friedensbedingungen behandelte, strich er den Satz: „. . . Genosse Lichtenstein kennzeichnete zum Schluß die Meldungen des offiziösen Wolffschen Bureaus als einen Beitrag zu dem Thema: „Wie wir belogen wurden und noch werden"; er will dies Thema in der nächsten preußischen Landesversammlung erörtern."

Auch die bürgerlichen Parteien schützt er — selbst wenn dieser Schutz eine indirekte Parteinahme gegen die regierenden Rechtssozialisten bedeutet. Von einer Notiz, die die Lärmszenen in der preußischen Volkskammer behandelte, die durch den Amtsrichter Stendel hervorgerufen wurden, — die Rechtssozialisten protestierten gegen die von ihm beliebte Herabsetzung der Arbeiterschaft ebenso wie die Unabhängigen Sozialdemokraten — strich er den Satz: „Die bürgerliche Presse hat in der letzten Zeit viel davon geschrieben, daß durch die Arbeiterabgeordneten der Ton im Parlament heruntergebracht werde; hier hat sie Gelegenheit, zu prüfen, wer es in Wirklichkeit ist, der den Ton herunterbringt."

Diese Streichung allein kann einen ungefähren Begriff davon geben, was alles jetzt in Leipzig dem Rotstift verfallen kann — es gibt keine Grenzen. Die Sorge des Zensors umfaßt alles in gleicher Liebe; er fühlt sich nicht nur als politisches Instrument, der das deutsche Volk vor dem Umsturz der äußeren Ordnung zu behüten hat, er fühlt sich auch für die Sittlichkeit — wie er sie versteht — verantwortlich, und also strich er aus einer Erzählung, die im Feuilleton der „Leipziger Volkszeitung" erschien, zwei Sätze, die ihm zu „unanständig" waren — in einem war davon die Rede, daß gewisse Patrioten einen schwarzweißroten Ring um den — After haben, und im anderen war eine Zeichnung erwähnt, an der — entsetzlich — „einige dezent angedeutete Geschlechtsteile" vorkamen. Von dergleichen darf das Leipziger Publikum nichts lesen!

Die Lächerlichkeit dieser Sittlichkeitsrettung wird noch übertroffen durch den politischen Skandal, den diese Art Zensur darstellt. Sie ist in Wahrheit noch schlimmer als unter dem kaiserlichen Regiment. Und um solche Frucht zu ernten, mußte das deutsche Volk eine Revolution machen.

Wir wissen nicht, ob den Scheidemann und Gradnauer ob solcher Leistungen ihrer „Stützen" noch die Schamröte kommen kann. Jedenfalls müßte ihnen, wenn sie die Tendenz betrachten, die die Striche des Leipziger Zensor-Rotstifts regiert, doch die bängliche Frage auftauchen, ob ihre Zensoren nicht im Interesse ganz anderer Leute arbeiten, als derer, die jetzt in der Regierung sitzen. Wenn die Zensur in Leipzig der Gegenrevolution dienen wollte, sie könnte es wirklich nicht besser anfangen.

Wie lange aber soll dieser Skandal noch dauern? Bis zur Wahl des Arbeiterrats, die am 22. Juni erfolgen soll?

Das mißverstandene Reichsarbeitsamt.

Bei den Kommissionsberatungen im Reichsarbeitsamt über den Betriebsräte-Gesetzentwurf beklagte sich der Vorsitzende über die Entstellungen, die in der von Aufhäuser in Nr. 268 der „Freiheit" veröffentlichten kritischen Besprechung enthalten sein sollen und sprach den Wunsch nach einer Richtigstellung aus.

Zunächst wäre es eine irrige Darstellung gewesen, daß Reichsminister Bauer erklärt habe, „er kenne keine Arbeiterräte". Vielmehr hätte diese Erklärung dahin gelautet, daß in den Betrieben nur Angestellte und Arbeiterausschüsse bestehen. Diese Richtigstellung bestätigt also, daß die revolutionären Arbeiterräte von Herrn Bauer als Kontrollorgane für die Werkleitungen in keiner Weise anerkannt werden. Bei den weiteren Kommissionsberatungen ist von Regierungsseite noch ausgeführt worden, daß Arbeiterräte in dem von Aufhäuser gewünschten Sinne d. h. zur Teilnahme an der Produktionsführung fast nur in Berlin bestehen!

In dem Artikel aus der „Freiheit" war weiter aus dem Gesetz zitiert:

> Der Betriebsrat hat die Aufgabe, den Arbeitgeber bei der Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen und für einen möglichst hohen Stand der Arbeitsleistung zu sorgen.

und dazu bemerkt, es könne nicht Aufgabe des Betriebsrates sein, den Antreiber zu spielen, ohne einen entscheidenden Einfluß auf Rohstoffverteilung, Beschaffung der Betriebsmittel usw. zu haben. Demgegenüber wurde in der Kommission „richtiggestellt", daß mit dem Wort Arbeitsleistung eben die Betriebsleistungen, d. h. die Produktion gemeint sei. Mit dieser Stilverbesserung des Gesetzentwurfs wird aber die in der „Freiheit" geübte Kritik keineswegs entkräftigt, denn wenn der Betriebsrat nur dazu berufen sein soll, zu der Produktionssteigerung beizutragen, ohne den geringsten Einfluß auf die Gestaltung der Produktionsweise zu gewinnen, so hätte er lediglich den Antreiber zu spielen.

Entscheidend für die arbeiterfeindliche Tendenz des ganzen Gesetzes ist — und daran hat sich durch die Kommissionsberatung nichts geändert — daß die Regierung gar nicht daran denkt, dem Betriebsrat eine Kontrolle und Beteiligung an der Werksleitung zuzugestehen. Der Arbeiter und Angestellte soll auch künftig Verkäufer seiner Arbeitskraft bleiben, während der Unternehmer nach wie vor der alleinige Träger der Produktionsführung bleibt. In dieser Kardinalfrage ist die Kommissionsarbeit völlig aussichtslos, da Reichsarbeitsamt, Unternehmervertreter, Christliche Arbeitervertreter, kaufmännische Hermannverbändler und Generalkommission in geschlossener Phalang gegen die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände stehen.

Die Kritik in der „Freiheit" beruht demnach keineswegs auf „Mißverständnissen". Es stimmt durchaus, daß die Arbeiterrechte durch diese „Scheinbetriebsräte" abgewürgt werden sollen.

Protestkundgebung gegen die Ermordung Levinés

Die Zentralstelle für Einigung hat in ihrer Mitgliederversammlung vom 6. Juni eine Resolution angenommen, in der es heißt:

> „Die Versammlung stellt mit großem Bedauern fest, daß sozialistische Minister das Bluturteil bestätigten und so durch neben anderen unglückseligen Folgen auch denen, die das Proletariat zu einen versuchen, die schwersten Hindernisse in den Weg legten."

*

Außerdem sind uns noch von folgenden Seiten Protestkundgebungen gegen die Ermordung Levinés zugegangen:

Osrammwerke, G. m. b. H., Kommanditgesellschaft, Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, J. Mehlich, A.-G., Sophienstr. 8, Patzenhofer-Brauerei, Abt. Spandau, Deutsche Telephonwerke, G. m. b. H., Berlin, Zeughofstr. 8, Zigarettenfabrik Garbaty, Motoren-Vertriebsgesellschaft Büssing, Berlin, Warschauer Platz 13-14, Manoli, Zigarettenfabrik, Berlin, Kungestr. 22-24, Eduard Grimm, Berlin, Ritterstr. 111, Kunststeinfabrik Czarnikow u. Co., Waltermannslust, Autopark der Tabil im Reichsvermögensamt, Schöneberg, General-Pape-Straße, Samson-Werke, Fel. Böttcher, Berlin, Blumenstr. 88, Braß u. Hertel

Der Gefangene.

I.

Im Morgenrot.

Die Heiterkeit der Landschaft schmerzt mich sehr:
Der Wälder Tanz, die Andacht grüner Hügel,
Der Wind bringt Wohlgeruch auf seinem Flügel
Aus jenem blütenvollen Tal daher.

Der Frühling hebt mit liebender Gewalt
Ins Himmelreich die Lust der grünen Kronen,
Und wandelt sich in deine liebende Gestalt,
Und wird mit einer Wundernacht mich lohnen.

In meine Zelle purpurt frühes Licht.
Den Horizont bestürmt das Amselflöten.
Das Himmelreich muß liebevoll erröten.
Auch mir steigt Morgenrot ins Angesicht.

II.

Im hohen Tag.

Eine Hofstunde lang selig im Frühlingsglanz:
Unser Wort ist Gelächter. Unser Schreiten Tanz.
Wiese grüent uns mit ihren Blumen an,
Bäume haben sich vor uns blühend aufgetan.
Selig singender Vogel in seliger Luft!
Selig blühende Blume in seligem Duft!
Hügel, mit sausenden Wäldern bekrönt,
Hoffendes Herz, vom Frühling versöhnt —
Eine Hofstunde lang selig in Licht und in Glanz:
Unser Wort ist Gelächter. Unser Schreiten Tanz.

Max Barthel
(zur Zeit im Landesgefängnis Rottenburg, wegen angeblichen Aufruhrs.)

Kurt Eisner, der Kämpfer.

Die Vorgänge in München lenken die Erinnerung zurück auf Kurt Eisner, der die bayerische Revolution einleitete. Durch seine Wirksamkeit während der Revolution an hervorragender Stelle wird nur zu leicht der Tagesschriftsteller Eisner verhüllen, der einen zähen Kampf führte um die Kulturideale des Sozialismus und um die Erweckung und Stärkung des Interesses des deutschen Proletariats für die auswärtige Politik.

Ein Bild dieses journalistischen Kämpfers und politischen Feuilletonisten in des Wortes tieferer Bedeutung geben die kürzlich im Verlag Paul Cassirer erschienenen „Gesammelten Schriften", die in zwei Bänden wichtige Veröffentlichungen der Kriegszeit und Gedrucktes und Ungedrucktes aus dem Weltkrieg zusammenstellen. Ueber das einzelne einer solchen Auswahl läßt sich, wie immer streiten, bedauerlicher hindert der hohe Preis von 34 M. die Verbreitung im Proletariat.

In diesem Werk, das Kurt Eisner als „Toter auf Urlaub" unterzeichnete, gewinnt seine Persönlichkeit Leben, sehen wir den Kämpfer für die Ideale der klassischen Philosophie, von der er kam und für den Sozialismus als Kulturbewegung und Kulturziel. Betrachtungen über Beethoven, über Aufstieg und Verfall einer Zeitidee wie die Tragödie des deutschen Liberalismus, wie er in den zensurgequälten Aufsätzen der Kriegszeit sich trotz aller Verschleierungen glühend offenbart, das waren die Gebiete, auf denen Eisners stilistische Meisterschaft Form und Inhalt zum Kunstwerk vereinigte. Kein theoretischer Oekonom, obgleich der wirtschaftlichen Bedingtheit aller politischen und künstlerischen Dinge bewußt, sind Eisners Besprechungen der auswärtigen Politik eine wertvolle Kritik der Irrgänge des Imperialismus und ein wichtiger Beitrag zur Parteigeschichte. Das Bleibende ist der Mensch und die Zeitseele in diesen Schriften, die zeigen, wie wir dem Abgrund zusteuerten und wie wir jene Zeit des Krieges durchlebten, die wir gefesselt, ohnmächtig wissend das Schicksal über uns ergehen lassen mußten. Diese Rückerinnerung mag Mut geben zu neuem Aufbau und zu jenem unermüdlichen Kampf, wie ihn Eisner zeitlebens für den Sozialismus geführt hat.

O. J.

Talismann heißt die neue Operette der Sommerspielzeit des Palasttheaters, deren Text von Alfred Grieger ein klassisches Motiv Balzacs zum Libretto herabwürdigt. Und eine Künstlerin vom Range der Lola Artot de Padilla singt darin eine Hauptpartie der auf Schlager und sentimentale Wirkungen bedachten Musik des jungen und anscheinend nicht unbegabten Kurt Sorlig. Manches verheißt ein Weiterreifen, wenn auch der Komponist neben Ansätzen zu höherem Aufschwung heute noch das Allergewöhnlichste nicht verschmäht. Die Artot sollte jedoch mit ihrer kultivierten und doch so natürlichen Gesangskunst sich selber, der Oper und Mozart treu bleiben — wenn auch die größeren Honorare locken. Vom Opernhause war auch der Tenor Gustav Bergmann ausgeliehen und entledigte sich seiner Operettenrolle als guter Sänger. Auch Käte Marx war künstlerisch vornehm und durchweg erfreulich. Dagegen war es ein sehr mäßiges Vergnügen, das ewig beschwipste Dienerpaar (Jakob Tiedike und Poldi Augustin) in dauernden Geschmacklosigkeiten und Gliederverrenkungen zu sehen, und auch der kabarettistisch aufgekratzte Adalbert Lieban konnte die Sache nicht kurzweiliger machen, sondern drückte nur das sonst ansehnliche Niveau der Vorstellung, die besonders auch durch ein sogenanntes indisches Ballett im zweiten Akt beim Publikum sehr gefiel.

Im Deutschen Opernhause zu Charlottenburg feierte Offenbachs in Berlin seit Jahren nicht gegebene „Schwätzerei von Saragossa" eine fröhliche Auferstehung. Das musikalisch reizvolle Werk fand mit Frieda Wolf und Bernhard Bötel in den Hauptrollen unter Kapellmeister Hans Egeder eine sehr gefällige Wiedergabe. Außerdem wurde Mascagnis „Cavalleria rusticana" gegeben und beide gefällig aufgenommen.

Neue Nordpolexpeditionen. Aus New York wird gemeldet, daß eine neue Nordpolfahrt vorbereitet wird. Sie wird vom Aero-Club von Amerika unterstützt und soll unter Führung des von der Stefansonschen Fahrt bekannten Kapitäns R. A. Bartlett stehen. Das Forschungsgebiet sollen die noch unbekannten Meeresteile zwischen der Beringstraße und dem Pol sein. Die Expedition soll mit einem großen Flugzeug ausgestattet werden, das für den Flug von mehr als 11 000 englischen Meilen von Kap Tschelyuskin zum Pol dienen soll. Außerdem will man mehrere kleine Flugzeuge für kürzere Unternehmungen mitnehmen. Hauptlandungsplatz wird Etah auf Grönland. Neben den Schiffen, die zur Errichtung der Standplätze erforderlich sind, will man ein kleineres Schiff durch die Beringstraße senden, das dann ins Packeis eindringen soll. Man hofft, daß es über das Polbecken nach der europäischen Seite treiben und so das im Gange befindliche Unternehmen Roald Amundsens ergänzen wird.

In der Volksbühne geht als letzte Erstaufführung dieser Spielzeit Emil Gött's Lustspiel „Der Schwarzkünstler" am 14. Juni in Szene. Die Sommerspielzeit beginnt am 1. Juli unter der Direktion Heinrich Neil. Als erstes Stück gelangt „Der heilige Florian", Satire von Max Real und Philipp Weichbrodt, zur Aufführung.

Am Sonntag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, spricht im Arbeiterhoven-Saal (Köthener Straße) Dr. G. Wyneken über Jugendbewegung und Schule. Preise der Plätze 1 und 2 M., für Schüler die Hälfte. Karten bei Wertheim, Bote u. Bock und im Büro des Bundes Aufbau, Luisenstr. 31 B.

Berlin-Marienfelde, Ludwig Loewe, Winschenbach, Schwarzkopff, v. d. Schulenburg, Sachse, Argus u. Militz, Reinickendorf-Ost, Bergmann-Elektrizitätswerke, A.-G. Berliner Werke. Franz R. Conrad, Flugzeugmeisterei Adlershof, Dr. Paul Meyer, Verband der Porzellan- und verw. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Berlin, Naunynstraße 85, Rohrbach u. Co., Berliner Bronzegießerei, Franz Schneider, Seegefeld bei Spandau, Doyh Growe, Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 86, Motorenfabrik Paul Baer, Berlin, Boxhagener Straße 17, Notstandsarbeiter im Volkspark, Gemeinde Weißensee, Wahlverein Zeuthen U. S. P. D.

Für Ernst Toller!

Die Sozialistische Studentengruppe der Universität Heidelberg erläßt einen Aufruf für Ernst Toller und fordert, daß er vor einem ordentlichen Gericht abgeurteilt werde.

In einer wahrheitswidrigen Darstellung erklären die „Münchener Neueste Nachrichten", daß Toller nur aus Versehen gefesselt worden sei, da einige Tage vorher aus der Strafanstalt zwei gemeine Verbrecher entwichen seien. Später seien Toller die Fesseln abgenommen worden.

*

War auf die Festnahme Tollers eine Belohnung von „nur" 10 000 M. festgesetzt worden, so ist die auf die Ergreifung von Max Levien jetzt von 10 000 auf 30 000 Mark erhöht worden. — Hierzu sei nur bemerkt, daß der Wert des 37fachen Mörders Marloh nur mit 3000 M. eingeschätzt wird.

Beleidigungsklage gegen Heine.

Die „Welt am Montag" teilt mit, daß der Ministerialdirektor Frhr. v. Reibnitz gegen den preußischen Minister Heine die Klage wegen verleumderischer Beleidigung angestrengt hat. Dr. Oskar Cohn hat die Vertretung von Reibnitz übernommen.

In der gleichen Nummer beschäftigt sich Hans Leuß nochmals mit Heine, der nach seiner Meinung erledigt ist, da außer dem „Vorwärts" kaum noch eine Organisation oder ein Blatt ihn verteidigt. Im übrigen bezichtet Leuß erneut Heine der bewußten Verleumdung und meint mit Recht:

„Ich erinnere mich aus meiner vierzigjährigen Erfahrung mit preußischen Ministern keiner so dreisten öffentlichen Mißhandlung der Wahrheit und keiner so rüden Verletzung der Rechtssphäre eines solchen Mannes wie von Reibnitz! Wolfgang Heine bot offenbar den Ehrgeiz, Puttkamer auch an Tücke noch zu übertreffen."

Der Zentralrat zur Auflösung des Großen Leipziger Arbeiterrats.

Leipzig, 7. Juni

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik hat auf das Protestschreiben des Großen Arbeiterrats zu Leipzig, anläßlich dessen Auflösung durch Generalmajor Maercker erwidert, er stehe auf dem Standpunkt, daß es unter keinen Umständen zugelassen werden könne, daß ein Arbeiterrat unwillkürlich von Militär- oder sonstigen Instanzen aufgelöst wird.

Diese Entscheidung hindert aber weder den Rechtssozialisten Wehlau ebenso wie den General Maercker, die Neuwahl des Arbeiterrats nach eigenem Gutdünken, selbst ohne Anfragung des Leipziger Gewerkschaftskartells durchzuführen. Die Arbeiter Leipzigs dürften hierauf wohl die richtige Antwort erteilen. — Die Wahl ist auf den 22. Juni festgesetzt worden.

Ministerpräsident von Maerckers Gnaden.

Dresden, 7. Juni.

Minister Dr. Gradnauer hat an Generalmajor Maercker einen Brief gerichtet, in dem er im Namen des sächsischen Gesamtministeriums den Dank für die umsichtige und kraftvolle Durchführung der Aufgabe in Leipzig, die Regierungsgewalt wieder herzustellen, und der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit und Ruhe wiedergegeben, zum Ausdruck bringt.

III. Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten.

An den beiden Pfingstfeiertagen fand hier im Festsaal des Herrenhauses der dritte ordentliche Verbandstag des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten statt. Der Vorsitzende des Zentralvorstandes Garn eröffnet die Tagung und verliest Begrüßungsschreiben vom Finanzminister Südekum, Reichspräsidenten Ebert, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Verbandes der Bureauangestellten, des Reichsarbeitsministeriums und des Zentralrats.

Es sprechen weiter Begrüßungsworte Lange vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und im Namen der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Dr. Greif für den Bund der technischen Angestellten und Beamten, Dr. Stillich als wissenschaftlicher Interessent und Amend für den Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Später sprechen noch Südekum vom Reichsarbeitsamt und Dr. Pfirrmann von den Buchhandelsangestellten.

Hierauf erstattet Marx den Geschäftsbericht. Er führt im Wesentlichen aus: Fünf Jahre sind verflossen, seit wir den letzten Verbandstag abgehalten haben. Alle Bekämpfungen haben es nicht vermocht, unserem Verband den reinen Kampfcharakter zu nehmen. Wir haben uns auch während des Krieges nicht an dem Burgfrieden gehalten, der nur den Unternehmern Vorteile bringt und den Angestellten Nackenschläge. Bezeichnend für den Patriotismus der Bankgewaltigen ist, daß sie, die die höchste Einnahme während des Krieges hatten, an Gratifikationen und Weiterzahlung der Gehälter für Eingezogene fortgesetzt Abzüge machten. An vielen Stellen haben die weiblichen Angestellten mehr gewerkschaftliches Rückgrat gezeigt als ihre männlichen Kollegen. Den weiblichen Angestellten ist es in erster Linie zu danken, daß mit der Bezahlung von Ueberstunden in Berliner Bankinstituten Ernst gemacht wurde. Der 9. November hat endlich alle Arbeitnehmer freigemacht und so haben alle Hindernisse beiseite geworfen. Die wirtschaftliche Freiheit heißt Mitbestimmungsrecht. Wir verstehen darunter etwas ganz anderes, als es in dem Regierungsentwurf ausgedrückt ist. Wir wollen mitbestimmen über die Gestaltung unseres Schicksals. Wir wollen klar und klar unser Recht. Zur Frage der Verbandspolitik bemerkt der Referent, daß es die Verbandsleitung nicht an dem guten, ehrlichen Willen zur gewerkschaftlichen Einheitsorganisation hat fehlen lassen. Der Vorstand des Deutschen Bankbeamten-Vereins verhält sich jedoch fortgesetzt ablehnend. Redner schließt unter Beifall mit der Ankündigung eines Internationalen Bankbeamten-Kongresses. Ueber die Punkte Kassenwesen und Abrechnung wird geheim beraten. Dem Vorstand wird Entlastung erteilt.

(Fortsetzung des Berichts folgt wegen Raummangel in der nächsten Nummer.)

Erste Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

In der Woche vom 25. bis 31. Mai tagte im Volkshaus zu Jena die erste Generalversammlung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes. Wie aus dem Tätigkeitsbericht des Verbandsvorsitzenden Brunner hervorgeht, hat der Verband eine ganz beispiellose Entwicklung genommen. Im Juli 1916, bei der Gründung, waren 341 Mitglieder vorhanden, im Dezember 1917 30 000, im März 1919 238 000, und bei dem Zusammentritt der Generalversammlung 350 000. Für das rege geistige Leben, das im Verbande besteht, spricht die Zahl von 637 zur Beratung gestellten Anträgen. Bemerkenswert aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden ist ferner, daß der Verband dem Eisenbahnminister großes Mißtrauen entgegenbringt. Das Verhalten des Ministers in der Frage der Gewährung von Urlaub und Freifahrt für die Delegierten zum Verbandstag, sowie auch in der Lohnpolitik hat den größten Unwillen unter den Verbandsmitgliedern hervorgerufen.

Aus dem Kassenbericht, den der Hauptkassierer Dräger erstattete, ergibt sich eine ebenso günstige finanzielle Entwicklung wie bei der Zunahme der Mitglieder. Der Kassenbericht zeigte im Jahre 1916 eine Einnahme von 17 189,03 M., 1917 228 984 M., 1918 964 284,63 M. Das Vermögen beträgt rund eine Million Mark.

Die Diskussion über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes war eine recht ausgedehnte und führte zu heftigen Angriffen gegen den Vorsitzenden Brunner, dem vorgeworfen wurde, daß er sich in seiner Stellung als Beirat im Ministerium zu sehr von den Geheimräten habe beeinflussen lassen. Dadurch seien die Mitglieder in ihrer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung gehemmt worden. Ebenso heftige Angriffe wurden gegen den Minister Oeser gerichtet, dem man vorwarf, daß er noch reaktionärer sei als sein Vorgänger Hoff.

Die Haltung des Vorstandes verteidigte der zweite Vorsitzende Scheffel, der im einzelnen die Zweckmäßigkeit der Vorstandsbeschlüsse nachzuweisen suchte.

Für die Generalkommission sprach als Vertreter Schumann in längeren Ausführungen. Unter anderem betonte er, daß nicht daran gedacht werde, den Deutschen Eisenbahner-Verband an der Agitation unter den Beamten zu hindern.

Die Berliner Delegation brachte im Laufe der Diskussion über den Tätigkeitsbericht eine Protestresolution ein, in der ausgeführt wurde, daß durch die fortgesetzte Knebelung der Redefreiheit es ihr unmöglich gemacht wird, ihren proletarisch-gewerkschaftlichen Standpunkt auf der Generalversammlung zu verfechten. Sie sei bei ihrer Tätigkeit, die sie für alle Kollegen des Verbandes eingenommen und verfochten habe, vom Zentralvorstand in der lächerlichsten Weise gegenüber den Kollegen der Provinz und dem Ministerium in den Schmutz gezogen worden. Aus diesem Grunde und weil sie nicht in der Lage sei, die Schandtaten der Führer den Delegierten bekanntzugeben, müsse sie den allerschärfsten Protest erheben. Darauf bewilligte die Generalversammlung dem Berliner Vertreter Schulz eine längere Redezeit, in der der Redner den Vorsitzenden Brunner als Diktator der Mitglieder und als Wachs in den Händen der Geheimräte bezeichnete.

Im Schlußwort erklärte der Vorsitzende Brunner, daß er dem Resultat der Vorstandswahl sehr gleichgültig gegenüberstehe, er wünsche nur, daß der Verband, dessen Gründung ein Stück seines Lebens sei, sich weiterhin zu einem gewaltigen Machtfaktor entwickeln möge. An den Fehlern seien nicht so sehr die Personen wie die Verhältnisse schuld.

Zum Pressebericht, den der Redakteur des Blattes, Kotzur, erstattete, lagen nur neun Anträge vor. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß diese geringe Zahl der gestellten Anträge der beste Beweis dafür sei, daß das Blatt einwandfrei redigiert wurde. Die Diskussion über den Pressebericht war nur ganz kurz und beschränkte sich auf die Begründung der vorgelegten Anträge.

Ueber das Thema „Gewerkschaft und Rätesystem" referierte das Mitglied des Zentralrats der Eisenbahner Hertel, Frankfurt a. M. Der Referent versicherte, daß die Behandlung der Frage nicht von einem einseitigen Parteistandpunkt, sondern von dem des konsequenten Sozialismus erfolgen solle. Das Thema sei zeitgemäß und stehe im Vordergrund der wirtschaftlichen und politischen Tätigkeit der klassenbewußten Arbeiterschaft. Die Arbeiten und Leistungen der Gewerkschaften erkennt Redner an, sie haben zur wirtschaftlichen Verbesserung wesentlich beigetragen, ebenso die soziale Gesetzgebung günstig beeinflußt. Trotz ihres erfolgreichen Wirkens seien aber die Gewerkschaften nicht in der Lage, die Hauptforderungen der klassenbewußten Arbeiterschaft zu erfüllen, nämlich, die kapitalistische Wirtschaft zu beseitigen; dazu bedürfe es des Rätesystems. Der Rätegedanke sei ein Kind der Revolution, ihm wird es gelingen, die Befreiung der Arbeiterklasse von dem wirtschaftlichen Druck herbeizuführen.

Ueber die bisherigen Arbeiten des Zentralrats der Eisenbahnerräte berichtete Menche, Elberfeld. Aus dem Bericht geht hervor, daß das preußische Eisenbahnministerium es abgelehnt habe, den Zentralrat anzuerkennen, und sei ihm lediglich die Möglichkeit geboten, in einer Kommission an der Schaffung einer Interessenvertretung der Eisenbahnarbeiter mitzuwirken.

Die Generalversammlung stimmte den vom provisorischen Zentralrat der preußisch-hessischen Eisenbahnerräte aufgestellten Richtlinien über das Rätesystem bei den deutschen Staatseisenbahnen zu. Diese Richtlinien sehen das volle Kontroll- und Mitbestimmungsrecht auf allen Verwaltungsgebieten vor. Es sollen Betriebsräte gebildet werden im Bereiche der Betriebs-, Maschinen-, Verkehrs- und Werkstättenämter, dann Bezirksbeiräte am Sitze der Eisenbahndirektionen und Zentraleisenbahnerräte mit dem Sitze bei den Eisenbahnministerien der Freistaaten. Wahlberechtigt und wählbar sollen alle 18jährigen männlichen und weiblichen Arbeiter und Beamte sein.

Zur Statutenberatung legte die Statutenberatungskommission, die bereits mehrere Tage vor dem Zusammentritt der Generalversammlung ihre Beratungen aufgenommen hatte, einen Entwurf vor, der nach wiederholter gründlicher Durchprüfung zur Annahme gelangte. Nach den Ausführungen des Berichterstatters der Kommission, Kotzur, ist das Statut auf völlig demokratischer Grundlage aufgebaut. Es sieht vor, einen engeren Vorstand, bestehend aus 15 Personen, 7 besoldeten und 8 unbesoldeten (die unbesoldeten werden entnommen aus den Orten Bremen, Frankfurt a. O., Halle, Magdeburg, Hannover, Leipzig, Hamburg und Stettin), und einen erweiterten Vorstand, zusammengesetzt aus den 15 Vorstandsmitgliedern, den Bezirksleitern und je einem unbesoldeten Vertreter der verschiedenen Bezirke. Dazu kommt eine Revisions- und Beschwerdekommission, deren Vertreter aus den Städten Breslau, Cassel, Erfurt, Harburg und Stendal entnommen werden. Sämtliche Angestellte des Verbandes müssen gewählt werden und zwar die Vorstandsmitglieder auf der Generalversammlung, die Bezirksleiter auf den Bezirkskonferenzen und die Ortsbeamten in den Mitgliederversammlungen. Vor jeder Generalversammlung tritt eine besondere Kommission zur Prüfung der gestellten Anträge zusammen, die aus den gewählten Delegierten zusammengesetzt wird. Der Verband nimmt für sein Mitglieder, Arbeiter und Beamte, das volle Koalitionsrecht in Anspruch, und betrachtet die Arbeitsniederlegung als das wichtigste Kampfmittel. Dementsprechend gewährt er Streik- und Aussperrungsunterstützung wurde weiter ausgebaut; letztere wurde ausgedehnt auf das Mitglied, dessen Ehefrau und seine Kinder. Während die Ehefrau denselben Unterstützungsbeitrag erhält wie das Mitglied, beträgt er für die Kinder bis zum 6. Lebensjahre 10 Proz. und vom 7. zum vollendeten 15. Lebensjahre 25 Proz. Die Beiträge werden in drei Klassen entrichtet, und zwar 90, 70 und 30 Pfennige pro Woche. Die letztere Klasse gilt nur für Lehrlinge, Jugendliche, weibliche Mitglieder, Pensionäre und Invaliden.

Nach Anhörung des Berichts der Beschwerdekommission wurde beschlossen, den bisherigen Verbandsangestellten Rose, Dresden, von seinem Posten zu entfernen. Maßgebend dafür war eine angebliche Denunziation der Werkstättenarbeiter Leipzig bei dem Kriegsamt. Rose hat ehrenwörtlich erklärt, diese Denunziation nicht begangen zu haben. Dagegen spricht ein Schriftstück, das im Kriegsamt zu Leipzig aufgefunden wurde.

Die Vorstandswahl zeitigte folgendes Ergebnis: Brunner und Scheffel als gleichberechtigte Vorsitzende; Dräger, Kassierer; Kotzur, Redakteur, Jochade, Thiesemann und Kaufuß Sekretäre.

Zwei Anträge, von denen der eine verlangte, daß Mitglieder nicht mit Angehörigen der Freiwilligenverbände zusammenarbeiten sollen, während der andere die Vorstandsmitglieder veranlassen sollte, ihre parlamentarischen Aemter niederzulegen, wurden abgelehnt. Angenommen wurde dagegen eine Entschließung, die dem Eisenbahnminister das schärfste Mißtrauen ausspricht. Im übrigen gelangten Anträge zur Annahme, die die Bildung von Berufs- und Jugendsektionen vorsehen, eine vereinfachte Kassenführung schaffen, eine bessere Lebensmittelversorgung fordern usw.

Die von der Generalversammlung eingesetzte Lohnkommission erklärte durch ihren Berichterstatter Metzler, Darmstadt, daß sie ihre Aufgabe darin erblicke, Richtlinien zu schaffen, die den Aufbau einer neuen Lohnordnung ermöglichen. Die bisherige Lohnordnung sieht zehn Lohnortsgruppen vor, während die Kommission drei für ausreichend hält. Außerdem sollen für jeden Direktionsbezirk drei Wirtschaftsgebiete gebildet werden. Die Einteilung in zwei Klassen, und zwar Handwerker und Arbeiter, wird beibehalten, die Differenz zwischen Handwerker- und Arbeiterlohn soll so verringert werden, daß sie höchstens 15 Pf. pro Stunde beträgt. Zur Erreichung des Höchstlohnes soll die Altersgrenze von dem 27. auf das 24. Lebensjahr herabgesetzt werden. Die Einführung von Stellen und Funktionszulagen wird abgelehnt. Die Ausarbeitung einer neuen Lohnordnung wird einer neungliedrigen Kommission übertragen, die in Gemeinschaft mit dem Vorstand ihre Arbeiten in Berlin aufnimmt.

Die zur Regelung der Beamtenfragen eingesetzte Kommission erstattet ihren Bericht durch Hauschild, Berlin. Danach soll jeder bei der Eisenbahn länger 21 Jahre alte Bodienstete nach sieben Jahren vorwurfsfreier Dienstzeit in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Nach der Prüfungsordnung soll bei jeder Prüfung ein Vertreter der Organisation zugezogen werden. Das Mindestgehalt des nichttechnischen Beamten muß dem Höchstlohn des ungelernten Arbeiters gleichstehen, das Mindestgehalt des technischen Beamten dem Höchstlohn des gelernten Handwerkers gleichkommen. Das Höchstgehalt soll in sechs Jahren erreicht sein. Zur Durchführung der Forderungen wird auch hier eine kleine Kommission eingesetzt, die ebenfalls gemeinschaftlich mit dem Vorstand in Berlin tagen soll.

Die von den beiden Kommissionen aufgestellten Richtlinien gelangten zur Annahme.

Die nächste Generalversammlung findet in Dresden statt.

Zu dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg wurden 30 Delegierte, darunter zwei Bezirksleiter und drei Vorstandsmitglieder gewählt.

(Infolge Raummangels erscheint dieser Bericht verspätet.)

Gewerkschaftliches.

Aufruf der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

In Verfolg eines Beschlusses der Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend vom 4. d. M. werden die Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach der Revolution in verschiedenen Betrieben, insbesondere in der Bekleidungs- und Putzfederindustrie sogenannte Betriebs- oder Firmenvereine gebildet haben, die vorgeben, die wirtschaftlichen Interessen der Angestellten, Arbeiter und Arbeiterinnen zu vertreten. Diese meistens von Prokuristen und Direktoren mit indirekter Billigung der Unternehmer gegründeten und geleiteten Gebilde können als moderne gewerkschaftliche Organisationen nicht angesprochen werden. Unter der unwahren Behauptung, diese Vereine seien der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands oder der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend angeschlossen, wird der Eindruck zu erwecken gesucht, als ob es sich um moderne Kampforganisationen handelt. Es wird festgestellt, daß dies nicht der Fall ist, und daß diese Vereine den beiden bezeichneten Körperschaften nicht angeschlossen sind. Die Betriebs- oder Firmenvereine sind Sondergebilde, welche die Einheitlichkeit und die Stoßkraft des Proletariats gegenüber dem Unternehmertum lähmen und damit eine unheilvolle Zersplitterung in der Angestellten- und Arbeiterbewegung zur Folge haben müssen.

Die Angestellten, Arbeiter und insbesondere die Arbeiterinnen werden daher hierdurch vor dem Eintritt in diese Vereine ausdrücklich gewarnt. Wer als modern gewerkschaftlich organisiert sich betrachten wissen will, kann nur einer der bestehenden, der Gewerkschaftskommission angehörenden Gewerkschaften als Mitglied angehören. In den Fällen, wo eine Mitgliedschaft in einem Betriebs- oder Firmenverein erworben sein sollte, werden die Betreffenden zum Austritt aus diesen Vereinen aufgefordert.

Dieser Aufruf richtet sich ferner an diejenigen Mitglieder der Gewerkschaften deren Familienangehörige solchen Vereinen angehören. Diese Gewerkschaftsmitglieder haben ihre Angehörigen zum Rücktritt aus den bezeichneten Vereinen und zum Eintritt in die modernen Gewerkschaften zu veranlassen.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend.

Tarifvertrag der Rechtsanwaltsangestellten. Nachdem der Verband der Bureauangestellten den Schlichtungsausschuß angerufen hatte, haben die Rechtsanwälte in einer erneuten Versammlung nunmehr mit einigen kleinen Abänderungen dem Tarifvertrag zugestimmt, so daß der Vertrag nunmehr als perfekt anzusehen ist.

Obleute der Waren-Kaufhäuser und großen Spezialgeschäfte (Fachgruppe VII) versammeln sich am Mittwoch, den 11. Juni, abends 7½ Uhr im Englischen Hof, Neue Roßstraße 8.

Versammlung aller Hilfskräfte der Magistrate Berlin und Vororte am Mittwoch, den 11. Juni, nachm. 5½ Uhr im Sportpalast, Potsdamer Straße. Der Hauptausschuß der Hilfskräfte

Groß-Berlin.

Aus dem Ressort des Polizeiministers Heine.

Die beabsichtigte Neuordnung der Schutzmannschaft wird jetzt offiziell durch ein Reskript des Ministers des Innern an den Polizeipräsidenten von Berlin bekanntgemacht. Demnach soll die Groß-Berliner Polizei umgebildet werden in eine Sicherheits- und eine Ordnungspolizei. Die Sicherheitspolizei soll Leben und Eigentum der Bewohner schützen an Stelle des Militärs, das später nicht in ausreichender Stärke zur Verfügung stehen wird. Der Ordnungspolizei liegt der sonstige Ordnungsdienst ob. Die Sicherheitspolizei wird auf 10 000 Mann gebracht und kaserniert. Die Ordnungspolizei verliert die bisherigen Waffen und erhält den Gummiknüppel; sie wird auf die Hälfte des bisherigen Bestandes verringert. Die andere Hälfte tritt zur Sicherheitspolizei über. Die Kriminalpolizei bleibt in enger Verbindung mit dieser. Die berittene Abteilung wird aufgelöst, da die Sicherheitspolizei genügend mit Kraftwagen, Motorrädern und Fahrrädern ausgerüstet wird. Das sind die Hauptzüge des Entwurfs. Seit längerer Zeit wird die neue militärische Sicherheitspolizei in der Alexanderkaserne zusammengestellt. Aus diesen Mitteilungen geht hervor, daß im Ministerium des Innern der alte reaktionäre Geist wieder herrscht. Der Gummiknüppel ist die neueste Errungenschaft des Herrn Heine. Danach scheint auch keinerlei Neigung zu bestehen, die Polizei den Gemeinden zu übertragen, obwohl die Reichsverfassung das vorsieht. Ganz das alte Preußen.

Verschleuderung von Heeresgut.

In der Sitzung der Berliner Gewerkschaftskommission, über die wir schon berichtet haben, wurden von Pichler (Spandau) auch noch recht interessante Einzelheiten über die Verschleuderung von Heeresgut durch die Direktion der Spandauer Heereswerkstätten mitgeteilt. Danach sind u. a. aus den Beständen der Staatsbetriebe 180 000 Kilo Leder zum Einkaufspreis von 1917, das Kilo 9,35 M., verkauft worden. Die Arbeiterräte hatten verlangt, es solle der derzeitige Marktpreis von 12,45 Mark gefordert werden. Aber die Betriebsleitung habe darauf bestanden, es muß der Einkaufspreis zugrunde gelegt werden. Die Firma Flakowski in Danzig hat das Leder für 9,35 Mark bekommen und es sofort für 19 Mark weiter verkauft, danach bei diesem Geschäft 1 800 000 Mark verdient. Ein in den Spandauer Werken hergestelltes Flußeisen ist für 250 Mark an einen Händler verkauft worden, der dasselbe Material einige Tage später für 490 Mark wieder an die Spandauer Betriebe verkaufte. — Den Arbeitern wirft man aber vor, daß sie schuld daran seien, wenn die Heeresbetriebe einen Zuschuß von vielen Millionen erforderten.

Laufereien um den Entlassungsanzug.

Ein Kriegsbeschädigter schreibt uns: Nach der ersten Bekanntmachung sollten die Anzüge in der General-Pape-Straße sogleich verabfolgt werden. Ich ging darauf am Sonnabend, den 24. Mai, dorthin. Die erste Enttäuschung. „Sie müssen erst nach der Versorgungsabteilung Bülowstr. 86 und Ihre Papiere prüfen lassen. Das ist soeben verfügt worden.“ In der Bülowstraße wußten die Herrschaften nichts. Nach einigem Hin und Her wurden wir alle zum folgenden Dienstag erneut hinbestellt. Glücklich erlangten wir unsern Schein und wurden verwiesen nach der Einkleidungsstelle in der Turmstraße. Dort hieß es nun: Sie müssen erst nach dem Landesausstellungspark, da gibts noch einen Schein. Den erhielt ich denn auch, und nun konnte ich am 6. Juni meinen Anzug holen. So habe ich fünf halbe Tage versäumt, um Sachen zu haben, die mit 93,85 M. taxiert sind. — Derartige Klagen sind uns mehrfach zugegangen. Noch niemals hat eine Behörde sich unfähiger erwiesen als die, die für die Verteilung der Entlassungsanzüge in Frage kommt.

Kein Benzol für Krankenautos.

Der Verband für erste Hilfe teilt uns folgendes mit: „Dem Verband für erste Hilfe ist es nicht möglich, Benzol für seine Krankenautos zu erhalten. Die Reichsverwertungsstelle hat dem Verband wohl Bezugsscheine für Betriebsstoffe erteilt, jedoch erhält die Firma, bei welcher der Verband für erste Hilfe seinen Bedarf an Benzol deckt, solches nicht mehr, da die Vorräte erschöpft sind. Es berührt sehr eigenartig, daß für die Autos, welche den Verkehr nach den Rennplätzen vermitteln, Betriebsstoffe vorhanden sind, während für die dem Allgemeinwohl dienenden Krankenwagen nichts vorhanden ist.“ Das ist ein offenbarer Skandal. Im Schleichhandel kann — natürlich zu Wucherpreisen — Benzol in großen Mengen erworben werden, aber die Benzolverwertungsstelle hat keinen. Sind denn die Behörden gegen den Schleichhandel völlig machtlos?

Wozu zahlt man die Beiträge zur Invalidenversicherung? fragt mit Recht eine Leserin unseres Blattes, die mit einem Antrag auf Anfertigung von Zahnersatz (sie hat sämtliche Zähne des Oberkiefers verloren) von der Landesversicherungsanstalt abgewiesen wurde. Nachdem sie auf ihr schriftliches Gesuch keinen Bescheid erhalten hatte, wandte sie sich persönlich an die Versicherungsanstalt, wo der Beamte lakonisch antwortete: „Kommen Sie wieder, wenn bessere Zeiten kommen.“ Diese schnodderige Erledigung eines an sich berechtigten Antrages hat unsere Leserin begreiflicherweise sehr empört. Durch Beschreitung des Beschwerdeweges wird die vorgesetzte Behörde gezwungen werden, klipp und klar Antwort zu geben auf die Frage: Wozu zahlt man die Beiträge zur Invalidenversicherung?

Innern. Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Bez. Norden 4. Bezirksversammlung Dienstag abend 7 Uhr bei Strauß, Pappelallee 25.

Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie, Ortsgruppe Wilmersdorf. Mitgliederversammlung Freitag, den 13. Juni, 7½ Uhr, in der Hindenburgschule am Seepark.

Zentralverband der Zivilmusiker, Ortsverwaltung Berlin und Musiker-Verbindung von 1918. Nach der Verschmelzung beider Verbände gemeinsame Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 11. d. Mts., vorm. 10 Uhr, im Vereinshause, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, zwecks Wahl des Vorstandes der Ortsverwaltung Berlin und der Beisitzer für den Verbandsvorstand. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Lebensmittelkalender.

Verteilung von getrockneten Gemüsen. In den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften werden in Berlin unter städtischer Aufsicht hergestellte getrocknete Gemüse, wie Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Mohrrüben und Zwiebeln demnächst verteilt. Es entfallen auf Abschnitt E der Berliner Bezugskarte 250 Gramm getrockneten Weißkohl in Verbindung mit je 100 Gramm getrockneten Rotkohl, Wirsingkohl, Mohrrüben oder Zwiebeln, was sich nach den Beständen der Kleinhändler richten wird, da ein Anspruch auf eine bestimmte Gemüseart nicht besteht. Die Abgabe der 100 Gramm Rotkohl, Wirsingkohl, Mohrrüben oder Zwiebeln kann nur zugleich mit der Abgabe von 250 Gramm getrockneten Weißkohl erfolgen. Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt für 250 Gramm Weißkohl 1,15 Mark, für 100 Gramm Rotkohl 0,50 Mk., Wirsingkohl 0,53 Mk., Mohrrüben 0,50 Mk., Zwiebeln 0,82 Mk. Abzugeben ist der Abschnitt E. in den Geschäften gegen Empfangsbescheinigung: Freitag, Sonnabend, Dienstag und Mittwoch.

Reinickendorf. Auf Abschnitt Q. 6 der Einfuhrzusatzkarte 250 Gr. amerikanisches Weizenmehl.

Aus den Organisationen.

Tempelhof. Am Mittwoch, den 11. Juni, abends 7½ Uhr, Zahlabend in folgenden Lokalen: 1. und 2. Bezirk: Bürgergarten, Berliner Straße 165. 3. und 4. Bezirk: Hennig, Manteuffelstr. 42. 5. und 6. Bezirk: Reimer: Ordensmeisterstr. 57. 7. und 8. Bezirk: Becker, Ringbahnstr. 5/6. 9. Bezirk: Winkel, Gottlieb-Dunkel-Straße 60. Jeder Genosse erscheine! Der Vorstand.

Hennigsdorf. Mittwoch abend 8 Uhr bei Brose öffentliche Volksversammlung. Thema: „Das Rätesystem“.

Friedrichsfelde. Mittwoch, den 11. Juni, abends 7½ Uhr, Zahlabend in den Gruppenlokalen.

Wittenau. Mittwoch, den 11. Juni, abends 7½ Uhr, bei Friedrich Schulze, Oranienburger Straße 30, für alle drei Bezirke kombinierter Zahlabend. Wichtige Tagesordnung. — Am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, öffentliche Gemeindevertretersitzung im Rathause. Gleichzeitig abends 7 Uhr öffentliche Volksversammlung bei Friedrich Schulze, Oranienburger Straße 30. Tagesordnung: Kommunale Angelegenheit.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Neukölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Elektromonteur
Richard Thiel
Urbanstr. 83, am 28. Mai,
der Schlosser
Karl Otto
am 27. Mai,
unsere Kollegin, die Arbeiterin
Charlotte Danzke
Wilsnacker Strasse 31, am 2. Juni, gestorben sind.
Ehre ihrem Andenken!

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, dass unser Kollege, der Gürtler
Richard Rose
Anzengruber-Strasse 9, am 4. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schmelzer
Julius Witthans
Frankfurter Allee 285, am 6. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Marzahn aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 25. Mai verstarb plötzlich infolge Unglücksfall unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter
Wilhelm Moritz
im 47. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken.
Zentral-Kranken-Unterstützungs-Verein der Schmiede und verw. Gewerbe Deutschlands.
Zahlstelle Pankow.

Die Internationale
WOCHENSCHRIFT FÜR THEORIE UND PRAXIS DES MARXISMUS
Begründer: Rosa Luxemburg u. Franz Mehring
Herausgeber: Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)
Preis 50 Pfg.
Bestellungen nimmt entgegen: Georg Schumann Leipzig-Kleinzschocher, Knauthainerstr. 36

Deutscher Transportarbeiter-Verband
(Bezirk Groß-Berlin)
Delegierte zur örtlichen Generalversammlung!
Die Fortsetzung der vertagten Generalversammlung findet am
Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal IV statt.
Tagesordnung:
I. Die bevorstehenden Arbeiterrats-Wahlen. Referent: Ein Genosse vom Vollzugsrat.
II. Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht pro 1. Quartal 1919.
III. Erledigung der Anträge.
IV. Geschäftliches.
Ohne Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte kein Zutritt.
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband
Zahlstelle Berlin. Buchbinderbranche.
Mittwoch, den 11. Juni d. J., nachm. 4 Uhr
im Saal 4 des Gewerkschaftshauses
Branchenversammlung.
Tagesordnung:
1. Der Schiedsspruch und unsere Stellungnahme dazu.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.
Die Versammlung muß pünktlich eröffnet werden, da der Saal um 7 Uhr geräumt sein muß.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Branchenleitung
I. A.: Jos. Czerny.

Zentralverband der Zivilmusiker
Ortsverwaltung Berlin
und Musikerverbindung von 1918.
Geschäftsstelle: Kaiser-Wilhelmstraße 31.
Amt Norden 988 und 3244.
Mittwoch, den 11. Juni, vorm. 10 Uhr:
Gemeinsame Mitgliederversammlung
im Vereinshause, Kaiser-Wilhelmstraße 31.
Tagesordnung:
Wahl des Vorstandes der Ortsverwaltung und der Beisitzer für den Verbandsvorstand.
Mitgliedsbuch am Saaleingang vorzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Bekanntmachung.
Zur Einrichtung und Leitung eines Wohlfahrtsamtes wird eine geeignete Kraft gesucht, die mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen und Verwaltungsanordnungen vertraut ist und praktische Erfahrung in den Geschäften eines Arbeitsamtes, der Armen-, Erwerbslosen-, Waisenfürsorge, der Jugendpflege, der Wohnungspflege und der Gesundheitsfürsorge besitzt.
Bewerbungen sind uns umgehend, spätestens bis 1. Juli d. Js., unter Angabe der Gehaltsansprüche einzureichen.
Magistrat Cöpenick.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe
Mitgliedschaft Berlin I u. III (Lithographen u. Steindrucker)
Mittwoch, den 11. Juni 1919, abends pünktlich 5½ Uhr
Mitglieder-Versammlung
im großen Saale des „Berliner Clubhaus“, Ohmstraße 2
Tagesordnung:
Das Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe
Referent: Kollege Ooß
Die Versammlung ist für die Kollegen von größter Bedeutung. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.
Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches bezw. Karte! Ohne dem kein Zutritt!
Die Verwaltung
I. A.: G. Hoffmann. A. Czech.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1967, 9714.
Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 12. Juni 1919, abds. 7 Uhr,
im **Rosenthaler Hof,** Rosenthaler Straße 11-12
Versammlung
aller in der Chemischen Industrie beschäftigten Handwerker Groß-Berlins.
Tagesordnung: Stellungnahme zu unserem Lohnabkommen mit den Unternehmern.
Referent: Kollege Urich.
Es ist Pflicht aller Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen, damit endlich die Löhne geregelt werden können.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Merkur-Lichtspiele
Das große Eröffnungsprogramm im eigenen Gebäude
Palisadenstr. 26.

Achtung!
Erwerbslose der Gewehrfabrik Spandau!
Zwecks Aufstellung der Zahlungslisten zur Zahlung des halben Lohnes haben sich sämtliche Personen der Gewerke A 1—6, B 1—3 u. C 1 u. 2 am Donnerstag, d. 12. 6. 19, die Gewerke D, E, FV 1 und 2 und MV am Freitag, den 13. 6. 19 und die Gewerke F 1—4, G 1—4 usw. am Sonnabend, den 14. 6. 19 vorm. 9—12 Uhr im alten Speisesaal der Gwf. einzufinden. Mitzubringen sind die Invalidenkarte und die Kontrollkarte des Zentral-Arbeitsnachweises. Die Beträge werden innerhalb 8 Tage durch d. Post auf Kosten d. Empfängers zugestellt.
Gewehrfabrik Spandau
gez. Prietz.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin: Sebastianstraße 37—38.
Achtung! Achtung!
Damen-Konfektion (Muster-Branche).
Mittwoch, den 11. Juni 1919, abends 6 Uhr
Oeffentliche Versammlung
in der Aula der Hecker-Realschule, Weißenburger Str. 4a.
Tagesordnung:
Was muß und kann in der Damen-Konfektion geschehen?
Referent: Kollege Schumacher.
Kolleginnen, Kollegen! Erscheint in Massen, falls auch Ihr gewillt seid, endlich für die Verbesserung Eurer Lage zu kämpfen.
Die Ortsverwaltung.

Sensationell!! Sensationell!!
Pfadweiser-Flugschriften-Bibliothek
Alleiniger Verlag für Groß-Berlin
Ernst Kunze, Berlin SO 36,
Reichenberger Straße 139.
Bisher erschienen:
Auf hartem Grund. Dr. Alfred H. Fried. — Die weltliche Schule. Rektor G. Höft. — Der junge Mensch und die Politik. Hans Zecharias. — Der Kinder Land. Wilhelm Lamszus. — Die Religion in der Schule. Prof. Görland. — Der Anmarsch der neuen Reformation. Rektor G. Höft. — Stufen der Weltanschauung. Prof. Dr. Alfred Menzel. — Das Weltbild von Kant Laplace. August Kahl.

„Ehrensold“
Informationsschrift über Wohlfahrtstätigkeit
ein sicherer Wegweiser zur Aufbesserung der wirtschaftlichen Lage unserer Kriegsteilnehmer sowie der Hinterbliebenen von Kriegsgefallenen, z. beziehen gegen Einsendung von 1,00 M. von
C. König, Langensalza,
Lange Strasse 41.

Zahnpraxis Witte
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 124.
Spez.: Naturgetreuer Zahnersatz. Mäßige Preise.

Unabhängige Soz. Partei
Westliches Westfalen.
Für sofort tüchtigen
Agitations-Beamten
gesucht. Sitz Hagen i. W. Meldungen an Konrad Ludwig, Hagen i. W., Weststraße 4, bis zum 20. Juni.

Intelligente Herren nebenberuflich zum Vertrieb hygien. Frauen-Artikel gegen hohe Provision gesucht. H. Linnemann, Versandh., Stadtoldendorf (Braunschw.)

Drucksachen für alle Zwecke liefert schnell, sauber u. preisw. Buchdruckerei Oranienstraße 6?, Hof links.

Trauerkarten von Luxemburg und Liebknecht, 500 Stück 20 Mk. Massenabsatz zur Beerdigung am Freitag. „Der Galgen“ Berlin W 8, Leipziger Str. 23.

Dauerwäsche wird ausgebessert, vergrössert, verklein., gereinigt. **Born,** Reichenberger Str. 7 (Kottbuser Tor). Fernsprechanschl. Mpl. 14 365.

Juwelen, Warenposten, Wertsachen jeder Art, kauft Meusel, Reinickendorfer Str. 4. [illegible]

N.G.A. u. G.A. Kupferdrähte unbeschädigt, kaufe in kleinen und größeren Posten. E. Knüppel, Elektromaschinen-Handlung, Berlin N 65, Hufelandstraße 41.

Parzellen am Bahnhof Basdorf, Wandlitzsee, Birkenwerder, Fredersdorf 300,— Anzahlung. Tel. 2904. Hölsen, Steglitz, Treitschkestr.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Ritter, Reinickendorf, Sommerstr. 48, am Bahnhof Schönholz, Reinickendorf 3118.

Historisch! „Deutsche Reichs-Bremse“! Politisch illustrierte Revolutionszeitschrift von 1849! (Nr. 5—31), 44 Quartseiten, Original verkauft. Offert. m. Preisangabe U. M. postlagernd Adlershof.

Schlafzimmer u. Wohnzimmer, zwei Bettstellen mit Auflagen, Kleiderschrank, Wäscheschrank, Waschkommode, Tisch, zwei Stühle, 1100 M. Rieppersberg, Lipschnerstr. 36 Tapeziermstr.

Gute Polierer auf ... und Pianos stellen ein ... Niendorf, Luckenwalde.

Magnet für 1 Zyl.-Motor 1½ PS, kauft Eisermann, Waldemarstr. 3.

Lehrdamen u. Volontäre für Zahntechnik gesucht. Zahntechn. Institut, Magdeburger Str. ...

Elektrotechnik. Gründliche Ausbildung für ... durch Oberingenieur. Schließfach 8, Postamt 65.

Anzug, neu, Brustweite 104 cm, untersetzt, 300 M.; Sommerpaletot, neu, schwarz, 180 M.; Schaftstiefel 26, ... erhalten, 20 M. ... Hoffmann, Lychenerstr. ...

Straßenrenner. Schlauchreifen Continental wie neu, verk. preiswert Kleinen, ...mussstr. 1 (Moabit).

Parteilokal, 5 Vereinszimmer, große Räume, 2 Zimmerwohnung umständeh. sofort zu verkaufen Lewetzow... Restaurant.

Kaufe ständig ... Packleine, Garn, Putzwolle, Stoffe. Schickler, Georgenkirchplatz 11.

Kupferleitungsdrähte, Kabel, Litzen kauft und zahlt die höchsten Preise ... Prenzlauer Str. 13 am Alex... Telephon Königstadt ...

Spiralbohrer und andere Werkzeuge kauft, höchstzahlend jed. Posten, ... Steglitz, Schöneberger Str. ...

Straßenhändler! Kriegsinvaliden! Hausierer! MASSENARTIKEL 1 Mark Verkauf! ... Haushalt 1 30 — 50 M. ... Sonnleitner, SO, Dresdener Straße 135, rechts Aufg. ...

Großen Erfolg haben selbst die **Kleinen Anzeigen** in der „Freiheit“.